Stand: 16.12.2025 01:59:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16087

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16087 vom 22.03.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16128 des BU vom 28.03.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/16209 vom 29.03.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 29.03.2017



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.03.2017 Drucksache  $17/16\overline{087}$ 

## **Antrag**

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger**, **Alex Dorow**, **Dr. Martin Huber**, **Alexander König**, **Alfred Sauter**, **Martin Schöffel**, **Thorsten Schwab**, Jürgen Ströbel, **Walter Taubeneder**, **Mechthilde Wittmann CSU**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

#### Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17 Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Der Verordnungsvorschlag in der vorliegenden Form lässt sich nicht auf eine für ein Tätigwerden der EU erforderliche Rechtsgrundlage stützen. Der Vorschlag bedeutet einen Eingriff in das Recht der Mitgliedstaaten, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen, ihre Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur ihrer Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV). Die EU verfügt in diesem Bereich über keine umfassende Rechtsetzungs- und Harmonisierungskompetenz.

Es liegt auch insoweit ein Verstoß gegen den Subsidiaritätsgrundsatz (Art. 5 Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) vor, als dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffen werden. Ein Tätigwerden auf Unionsebene ist nicht geboten.

Art. 11 des Verordnungsentwurfs schränkt den im deutschen Recht vorgesehenen generellen Einspeisevorrangs für Strom aus erneuerbaren Energien ein. Es besteht die Gefahr, dass die Einschränkung des Einspeisevorrangs die – gerade in Deutschland sehr erfolgreich verlaufende – Energiewende zum Erlahmen bringt. Dies widerspricht dem Ziel der Dekarbonisierung der Energieversorgung. Die erhebliche Einschränkung des Einspeisevorrangs berührt das Recht Deutschlands, die Nutzung seiner Energieressourcen selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV).

Die Kompetenzübertragung an die Kommission für die Entscheidung über die Gebotszonenkonfiguration berührt das Recht Deutschlands, die allgemeine Struktur der Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV). Die zu befürchtende Aufteilung bestehender gemeinsamer Gebotszonen steht zudem im Widerspruch zum Ziel eines einheitlichen EU-Binnenmarkts.

Die Errichtung regionaler Betriebszentren (ROC) als Ergänzung zu den bereits bestehenden Aufgaben der Übertragungsnetzbetreiber in der vorgeschlagenen Form ist entbehrlich. Die Kommission hat nicht dargelegt, weshalb es neben dem bereits existierenden Format der ENTSO (Strom) noch eines weiteren formellen Koordinierungsgremiums bedarf. Es steht zu befürchten, dass unnötige Doppelstrukturen geschaffen werden, die letztlich zu Schwierigkeiten bei der Kompetenzabgrenzung sowie zu unklaren Letztverantwortlichkeiten und gravierenden Haftungsfragen führen. Insbesondere zentrale Versorgungssicherheitsaspekte sollten auch weiterhin von den einzelnen Mitgliedstaaten eigenständig bearbeitet werden können.

Die Harmonisierung der Netzentgelte auf Verteilernetzebene wird den Besonderheiten der vielen lokalen Verteilernetzbetreibern nicht gerecht. Der Einfluss der Verteilnetzentgelte auf den Strompreis ist verhältnismäßig gering und im Übrigen örtlich begrenzt, so dass es im Regelfall bereits an jedweder grenzüberschreitenden Bedeutung fehlt. Die beschränkten Wirkungen der Verteilnetzentgelte auf die Strommärkte erfordern daher – auch zur Wahrung der Subsidiarität – kein europäisch koordiniertes Vorgehen. Die geplante neue Ermächtigung der Kommission, verbindliche Leitlinien für die nationalen Verteilungstarifsysteme zu erlassen und insbesondere Netzkodizes für Verteilungstarifstrukturen vorzugeben, stellt eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips dar, da dies auf nationaler Ebene wesentlich besser geschafft werden kann, als auf europäischer Ebene.

# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.03.2017 Drucksache 17/16128

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/16087

### Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17

## I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Dr. Franz Rieger
Mitberichterstatter: Georg Rosenthal

#### II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 28. März 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung Zustimmung empfohlen.

**Dr. Franz Rieger** Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.03.2017 Drucksache  $17/16\overline{209}$ 

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/16087, 17/16128

#### Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final,

BR-Drs. 186/17

Drs. 17/16087, 17/16128

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 861 final, BR-Drs. 186/17 Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Der Verordnungsvorschlag in der vorliegenden Form lässt sich nicht auf eine für ein Tätigwerden der EU erforderliche Rechtsgrundlage stützen. Der Vorschlag bedeutet einen Eingriff in das Recht der Mitgliedstaa-

ten, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen, ihre Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur ihrer Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV). Die EU verfügt in diesem Bereich über keine umfassende Rechtsetzungs- und Harmonisierungskompetenz.

Es liegt auch insoweit ein Verstoß gegen den Subsidiaritätsgrundsatz (Art. 5 Abs. 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) vor, als dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffen werden. Ein Tätigwerden auf Unionsebene ist nicht geboten.

Art. 11 des Verordnungsentwurfs schränkt den im deutschen Recht vorgesehenen generellen Einspeisevorrangs für Strom aus erneuerbaren Energien ein. Es besteht die Gefahr, dass die Einschränkung des Einspeisevorrangs die – gerade in Deutschland sehr erfolgreich verlaufende – Energiewende zum Erlahmen bringt. Dies widerspricht dem Ziel der Dekarbonisierung der Energieversorgung. Die erhebliche Einschränkung des Einspeisevorrangs berührt das Recht Deutschlands, die Nutzung seiner Energieressourcen selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV).

Die Kompetenzübertragung an die Kommission für die Entscheidung über die Gebotszonenkonfiguration berührt das Recht Deutschlands, die allgemeine Struktur der Energieversorgung selbst zu bestimmen (Art. 194 Abs. 2 Satz 2 AEUV). Die zu befürchtende Aufteilung bestehender gemeinsamer Gebotszonen steht zudem im Widerspruch zum Ziel eines einheitlichen EU-Binnenmarkts.

Die Errichtung regionaler Betriebszentren (ROC) als Ergänzung zu den bereits bestehenden Aufgaben der Übertragungsnetzbetreiber in der vorgeschlagenen Form ist entbehrlich. Die Kommission hat nicht dargelegt, weshalb es neben dem bereits existierenden Format der entsoe (Strom) noch eines weiteren formellen Koordinierungsgremiums bedarf. Es steht zu befürchten, dass unnötige Doppelstrukturen geschaffen werden, die letztlich zu Schwierigkeiten bei der Kompetenzabgrenzung sowie zu unklaren Letztverantwortlichkeiten und gravierenden Haftungsfragen führen. Insbesondere zentrale Versorgungssicherheitsaspekte sollten auch weiterhin von den einzelnen Mitgliedstaaten eigenständig bearbeitet werden können.

Die Harmonisierung der Netzentgelte auf Verteilernetzebene wird den Besonderheiten der vielen lokalen Verteilernetzbetreibern nicht gerecht. Der Einfluss der Verteilnetzentgelte auf den Strompreis ist verhältnismäßig gering und im Übrigen örtlich begrenzt, so dass es im Regelfall bereits an jedweder grenzüberschreitenden Bedeutung fehlt. Die beschränkten Wirkungen der Verteilnetzentgelte auf die Strommärkte erfordern daher – auch zur Wahrung der Subsidiarität – kein europäisch koordiniertes Vorgehen. Die geplante neue Ermächtigung der Kommission, verbindliche Leitlinien

für die nationalen Verteilungstarifsysteme zu erlassen und insbesondere Netzkodizes für Verteilungstarifstrukturen vorzugeben, stellt eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips dar, da dies auf nationaler Ebene wesentlich besser geschafft werden kann, als auf europäischer Ebene.

Die Präsidentin

I.V.

#### **Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Protokollauszug 100. Plenum, 29.03.2017

Bayerischer Landtag – 17. Wahlperiode

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Abstimmung** 

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die

gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass

der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

in seiner gestrigen Sitzung die unter den Nummern 2 und 3 aufgeführten Subsidiarität-

sangelegenheiten, Bundesratsdrucksachen 186/17 und 187/17 betreffend die gemein-

samen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt bzw. deren Neufassung, beraten

und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritäts-

bedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den

Beschluss des Bundesrates finden. Es sind dies die Drucksachen 17/16087 und

17/16088 sowie die Beschlussempfehlungen auf den Drucksachen 17/16128 und

17/16129. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die

Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu ist in der

aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit

den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend

der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte,

Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit über-

nimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(Z)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

## Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Hin zu einem positiven fiskalischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet COM (2016) 727 final

BR-Drs. 678/16

Drs. 17/15401, 17/16073

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zu den Nrn. 1 – 3 und Nrn. 5 – 6 der Stellungnahme (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zu Nr. 4 der Stellungnahme (G)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),

COM (2016) 861 final,

BR-Drs. 186/17

Drs. 17/16087, 17/16128 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung), COM (2016) 864 final,

BR-Drs. 187/17

Drs. 17/16088, 17/16129 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A

## Verfassungsstreitigkeit

- 4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Februar 2017 (Vf. 4-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  - des § 1 Abs. 3 Nr. 1 der Verordnung der Landeshauptstadt München über das freie Umherlaufen von großen Hunden und Kampfhunden (Hundeverordnung) vom 26. Juni 2013 (Amtsblatt der Landeshauptstadt München 2013, 272),
  - des Unterlassens der Landeshauptstadt München, in dieser Verordnung Bestimmungen zu anderen Hunden als großen Hunden und Kampfhunden zu treffen

PII/G 1310.17-0003 Drs. 17/16016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

## Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kommunale Integrationszentren in Bayern einrichten Drs. 17/8419, 17/16029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Integration I: Bessere Unterstützung der Kommunen bei den Herausforderungen der Integration Drs. 17/9053, 17/16030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Integration II: Amt der Integrationsbeauftragten / des Integrationsbeauftragten unabhängig gestalten! Drs. 17/9054, 17/15782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Integration III: Tätigkeitsbericht des Integrationsbeauftragten der Staatsregierung Drs. 17/9055, 17/15783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Integration IV: Anhörung zur Weiterentwicklung des Bayerischen Integrationskonzepts Drs. 17/9056, 17/15565

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Stellungnahmen zur Verbandsanhörung Bayerisches Integrationsgesetz veröffentlichen

Drs. 17/11324, 17/16069 (E) [X]

#### Auf Antrag der CSU-Fraktion:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Aufklärung über Antibiotikaeinsatz in bayerischen Schweinehaltungen Drs. 17/14689, 17/15865 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) S-Bahn Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen I – Planungs- und Finanzierungsvereinbarung für Korridor Nord-Ost Drs. 17/14693, 17/15849 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) S-Bahn-Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen II – Korridoruntersuchung West neu überarbeiten Drs. 17/14694, 17/15848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern I – Sozialkunde ab Klasse 8 für alle Schülerinnen und Schüler Drs. 17/14695, 17/16057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern II – Mehr Gestaltungsspielräume für politische Bildung als fächerübergreifenden Auftrag Drs. 17/14696, 17/16080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Demokratie stärken, Politische Bildung fördern III –
	Echte Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler
	Drs. 17/14697, 17/16081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern IV – Demokratiebildung in der Lehrkräfteaus- und Fortbildung stärken Drs. 17/14698, 17/16082 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie stärken, Politische Bildung fördern V – Mehr Lehramtsstudierende für politische Bildung gewinnen Drs. 17/14699, 17/16059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

19.	Ruth Müller u.a	. SPD Gesundheitsregioner	sen, Kathrin Sonnenholzner	
	Votum des fede Gesundheit und	erführenden Ausschus d Pflege	ses für	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团		Z
20.	Klaus Adelt u.a	. SPD e der Bayerischen Po	eter Paul Gantzer, Dr. Paul V lizei im Schicht- und Wechse	
		erführenden Ausschus entlichen Dienstes	ses für	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	A	Z
21.	Martina Fehlne Wissenschaftss	r u.a. SPD stadt Nürnberg stärker · Tech-Fak nach Nürnl		rias,
	Votum des fede Wissenschaft u	erführenden Ausschus nd Kunst	ses für	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z		
22.	Martina Fehlne	r u.a. SPD icklungskonzept für N	mitt-Bussinger, Isabell Zacha ürnberg	rias,
	Votum des fede Wissenschaft u	erführenden Ausschus nd Kunst	ses für	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
 Qualität der bayerischen Milcherzeugnisse transparent und ehrlich darstellen – Kennzeichnung von Milchprodukten einheitlich regeln Drs. 17/14826, 17/15866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD) Aufklärung und vernünftiges Wolfsmanagement statt Panikmache und Abschussforderungen Drs. 17/15062, 17/16041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU) Umgang mit der Wolfspopulation in Bayern Drs. 17/15063, 17/16042 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Α

26.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Wolf in Bayern – Management voranbringen, Prävention fördern,
	Aufklärung betreiben
	Dro 47/45420 47/46042 (A)

Drs. 17/15139, 17/16043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Klimaschutz: Ambitionierte Ziele setzen und Maßnahmen in Bayern umsetzen

Drs. 17/15164, 17/16044 (A)

## Auf Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER:

Votum des mitberatenden

Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)

Mindestlohn sicherstellen – engmäschige Kontrollen gewährleisten! Drs. 17/15175, 17/16052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

29.	Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Klaus Adelt u.a. SPD
	Überprüfung der Kreditvergabeprozesse bei der Bayerischen Landesbank
	Drs. 17/15196, 17/16076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Forschungsprojekt "Nano in Bayern – sicherer Umgang mit Nanomaterialien" Drs. 17/15197, 17/15867 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
 Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten an den bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften Drs. 17/15275, 17/16067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU Rechtssicherheit für Ferkelerzeuger schaffen Drs. 17/15277, 17/16045 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD) Verordnung zum Krebsregistergesetz vorlegen! Drs. 17/15330, 17/16036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Planungssicherheit am Gymnasium herstellen – Brüche in der Schulzeit verhindern Drs. 17/15331, 17/16058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
 Biokraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft steuerlich weiter f\u00f6rdern Drs. 17/15333, 17/16077 (E)

## Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)

Nulltoleranz für den Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt – keine Gentechnik auf Bayerns Fluren durch die unzureichende Novellierung des Gentechnikgesetzes!

Drs. 17/15334, 17/16046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
 Bürgerbeteiligungsverfahren zur Zukunft der Europäischen Agrarpolitik konstruktiv gestalten – Expertenanhörung zur Entwicklung einer sozialen und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020
 Drs. 17/15348, 17/16068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Alexandra Hiersemann, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD) Abschiebungen nach Afghanistan Drs. 17/15349, 17/16054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Erkenntnisse der Expertenanhörung ernst nehmen – sofortiger Stopp des Gesetzgebungsverfahrens für ein Bayerisches Krebsregistergesetz Drs. 17/15351, 17/16037 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Markt für heimische Pflanzenöl- und Biodieseltreibstoffe wiederbeleben Drs. 17/15352, 17/16074 (E)

## Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU) Bayern weiterhin gentechnikanbaufrei! Drs. 17/15353, 17/16048 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Α

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Stallpflicht für Geflügel infolge der Vogelgrippe – keine Wettbewerbsverzerrung durch einheitliche Regelungen und Einfordern der Solidarität des Lebensmitteleinzelhandels Drs. 17/15354, 17/16049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU) Bayerische Geflügelhalter brauchen eine Lösung Drs. 17/15355, 17/16050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur "Regionalen Kulturförderung" Drs. 17/1809, 17/15818

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

## der den Antrag für erledigt erklärt hat

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierungskonzept des 2. S-Bahn-Stammstreckentunnels transparent darlegen und Finanzierung aller anderen Schienenverkehrsprojekte in Bayern sicherstellen

Drs. 17/13816, 17/16051

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

#### der den Antrag für erledigt erklärt hat

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechtzeitig notwendige Maßnahmen zum Schutz vor dem Wolf ergreifen! Drs. 17/15031, 17/16040 (G) [X]

## Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neue Risikobewertung bei Vogelgrippe: Maßnahmen unverzüglich analog zu Baden-Württemberg umsetzen, Geflügelpest-Verordnung anpassen Drs. 17/15335, 17/16047 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z